

## **Stark in allen Regionen – eine neue Strukturpolitik für Deutschland**

Deutschland ist das Land der Regionen. Wir leben mehr als jede andere Nation von unserem ländlichen Raum – von den lebendigen Dorfgemeinschaften, von lebenswerten Kommunen und Gemeinden und einem innovativen Mittelstand mit zahlreichen Weltmarktführern in der Fläche. Die absolute Mehrheit der Menschen in unserem Land lebt in den Regionen, nicht den Metropolen. Das ist der Garant unserer einzigartigen Vielfalt. Hier entsteht Zusammenhalt, hier werden unser Brauchtum und unsere Traditionen gelebt und bewahrt, hier pulsiert das kulturelle Herz unseres Landes. Das wollen wir unterstützen und Deutschland auch in Zukunft in allen Regionen lebenswert erhalten. Ein Stadt-Land-, Nord-Süd- oder Ost-West-Gefälle darf es bei uns nicht geben. Alle Menschen in Deutschland haben das gleiche Recht auf Teilhabe an Lebensqualität, Versorgung, Infrastruktur, Wohlstand und Innovationen. Das zu gewährleisten verstehen wir als Heimat-Partei als zentrale Aufgabe unserer Politik. Wir wollen, dass die 19. Wahlperiode eine Wahlperiode zur Stärkung der Regionen wird – mit folgenden Maßnahmen:

- **Wir wollen die Kompetenzen für die Stärkung der ländlichen Regionen in einem Bundesministerium mit erweiterter Zuständigkeit auch für die ländliche Entwicklung bündeln.** Eine integrierte Strukturpolitik aus einem Guss und die zielgenaue Förderung agrarisch geprägter oder entwicklungsbedürftiger und vom demografischen Wandel besonders betroffener Regionen bedarf einer klaren Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung. Die Potentiale der ländlichen Entwicklung auf Bundesebene gemeinsam mit Programmsetzungen der Europäischen Union und den Bundesländern und Kommunen können dann besser aktiviert und unser Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen erreicht werden.
- **Wir wollen mehr Geld für ländliche Regionen.** Wir wollen die Mittel für die Regionalförderung deutlich aufstocken und mit einem besonderen Fokus auf den ländlichen Raum mehr Geld für die bestehenden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bereitstellen. Außerdem wollen wir nicht abgerufene Bundesmittel aus Förderprogrammen zur Unterstützung ländlicher Räume überjährig bündeln, um damit Regionalprojekte zu unterstützen. Häufig fließen nicht alle Mittel aus diesen Programmen ab, sodass diese nicht zur Stärkung der ländlichen Regionen verwendet werden und wieder dem allgemeinen Bundeshaushalt zufallen. Wir wollen das ändern und einen neuen Regionalfonds für strukturschwache und vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen starten, in dem alle nicht verbrauchten Bundesmittel aus den Bundesförderprogrammen fließen. Länder und Kommunen können dann in Abstimmung mit dem Bund Mittel aus diesem Fonds zur Realisierung konkreter Projekte beantragen.

- **Wir stärken Arbeitsplätze in ländlichen Regionen.** Unternehmen sind die Magnete der Regionen. Die Menschen ziehen dorthin und bleiben dort, wo Arbeit ist. Deshalb starten wir eine Ansiedelungsoffensive für neue Unternehmen – mit dem klaren Maßstab: Gefördert wird, wer in ländlichen Regionen Arbeit schafft. Konkret wollen wir Sonderfördergebiete für Unternehmen ausweisen. Alle, die in diesen Gebieten für mindestens fünf Jahre ein neues Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen, wollen wir gezielt unterstützen: Die Unternehmen sollen in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen von erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten profitieren. Außerdem soll dort zusätzlich zu einem digitalen One-Stop-Shop für Gründer eine zentrale behördliche Anlaufstelle in diesen Gebieten gewährleisten, dass Unternehmensgründungen mit nur einem Behördengang und an nur einem Tag möglich sind. Zudem entwickeln wir das bestehende „Aufstiegs-BAföG“ zu einem „Aufstiegs-BaföG Ländlicher Raum“ weiter. Wer nach erfolgreichem Abschluss einer aufstiegsorientierten Weiterbildung, z. B. der Meisterschule, im Sonderfördergebiet Arbeitsplätze schafft, erhält künftig die Kosten für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren zu 80 anstatt wie bisher zu 40 Prozent erstattet. Außerdem werden wir mit einer Dezentralisierungsstrategie dafür sorgen, dass neue Behörden bevorzugt in ländlichen Regionen angesiedelt werden. Bisher befinden sich nur 7 der 70 Bundesoberbehörden in Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern.
- **Wir wollen den Tourismus als Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum fördern.** Die Tourismusbranche ist insbesondere in ländlichen Regionen ein wichtiger Arbeitgeber und eine starke Wirtschaftskraft vor Ort, die wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen wollen. Die vorhandenen Strukturen zur Tourismusförderung auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene wollen wir innerhalb der jeweiligen Zuständigkeiten besser aufeinander abstimmen und Kompetenzen bündeln.
- **Wir wollen die Jobcenter in den Regionen stärken.** Dazu wollen wir die Mittelverteilung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende stärker auf Wirkungsorientierung ausrichten. Einige kleine Jobcenter im Freistaat Bayern oder Baden-Württemberg erhalten heute nur gut halb so hohe Eingliederungsmittel pro Leistungsberechtigten als z.B. das Jobcenter Berlin-Neukölln. Das wird aber der Situation von Jobcentern mit einem geringen Anteil an erwerbslosen Leistungsberechtigten nicht gerecht, weil diese den Grundsockel der Langzeitarbeitslosen bilden, der regelmäßig besonders schwer zu vermitteln ist. Trotz erhöhter Anstrengungen gibt es für die betroffenen Jobcenter weniger Geld. Das wollen wir ändern.
- **Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen.** Eine gute ärztliche Versorgung darf keine Frage der Postleitzahl sein. Wir wollen deshalb mehr Ärzte im ländlichen Raum ausbilden und ansiedeln und insgesamt zehn Prozent mehr Ärzte ausbilden. Zusätzlich werden wir uns für die bundesweite Einführung einer Landarztquote im Medizinstudium einsetzen. Durch die Erhöhung der Investitionen in Krankenhäuser wollen wir eine flächendeckende Versorgung in den Planungsregionen für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und sorgen dafür, dass Fachärzte und Geburtshilfestationen für jeden schnell erreichbar sind. Zudem wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und mit dem Ausbau der Telemedizin die Versorgung wohnortunabhängiger gestalten. Wir wollen sicherstellen, dass Apotheken auch außerhalb der Ballungsräume existieren können. Wir setzen uns für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland ein.

- **Wir wollen schnelles Internet für Stadt und Land.** Unser Ziel lautet: Glasfaser in jeder Region und jeder Gemeinde, direkt bis zum Haus. Wir sind dabei bereits auf einem guten Weg und haben mit der Bundesförderung allein in der 18. Wahlperiode in mehr als 300.000 Kilometer neue Glasfaser investiert. Das wollen wir weiter ausbauen und bis 2025 gemeinsam mit den Unternehmen der Netzallianz Digitales Deutschland ein flächendeckendes Gigabit-Netz errichten. Dafür haben wir uns gemeinsam mit den Unternehmen verpflichtet, bis 2025 insgesamt 100 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau zu investieren. Wir wollen deshalb, dass der Bund ab 2018 jährlich drei Milliarden Euro in die Förderung des Glasfaserausbaus investiert. Dabei sollen Fördermittel vorrangig dort eingesetzt werden, wo ansonsten in absehbarer Zeit keine Gigabitversorgung realisiert werden kann.
- **Wir wollen kurzfristig alle Funklöcher schließen.** Regelmäßige Verbindungsabbrüche bei Handy-Telefonaten oder schlechte Datenverbindungen entsprechen nicht unserem Anspruch als einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Wir fordern deshalb, dass zukünftige Frequenzvergaben mit der klaren Auflage verbunden werden, Funklöcher zu schließen. Dabei muss für Anbieter der Grundsatz gelten: Neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen im ländlichen Raum nur möglich sein, wenn von Autobahnen bis zur Kreisstraße und an allen Bahnstrecken eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie sichergestellt ist. Außerdem fordern wir mehr Transparenz. Die Bundesnetzagentur muss ihre bestehende App zur Mobilfunknetzmesung erweitern, so dass Bürger einfach und unbürokratisch Funklöcher und schlechte Datenverbindungen an die Behörde melden können. Diese Meldungen werden dann in einer bundesweit einheitlichen Mobilfunkversorgungskarte zusammengeführt und veröffentlicht. Die Bundesnetzagentur muss gemeinsam mit den Mobilfunknetzanbietern konsequent für die Schließung der vorhandenen Funklöcher sorgen und die Erfüllung der Versorgungsaufgaben überwachen. Die Bundesnetzagentur muss mit einem effektiven Prüfkonzept und mit bundesweiten Mobilfunknetztests die Erfüllung von Versorgungsaufgaben überwachen und im Einzelfall Sanktionen verhängen können. Die Kommunen müssen für den Ausbau des Mobilfunknetzes die entsprechenden Standorte zur Verfügung stellen.
- **Wir wollen die Verwaltung 4.0.** Termine beim Amt zu bekommen ist häufig schwierig, Besuche kosten viel Zeit und sind gerade auf dem Land mit einer erheblichen Anreisezeit verbunden. Das wollen wir ändern und die enormen Potenziale der Digitalisierung nutzen. Wir wollen, dass Schriftform und persönliches Erscheinen der Vergangenheit angehört und digitale Kommunikation und Online-Identifizierung per Personalausweis zum Standard werden. Dafür wollen wir ein bundesweites digitales Bürgerportal einführen und sicherstellen, dass praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit digital verfügbar sind. Egal ob Steuererklärung, Antrag auf Kindergeld, PKW-Zulassung und -abmeldung oder Anwohnerparkausweis. Gleichzeitig wollen wir die Zahl der notwendigen Behördengänge auch dadurch reduzieren, dass wir den Behörden gestatten, nach Einwilligung des Bürgers dessen Daten an andere Behörden weiterzuleiten (Online-Bürgerkonto). Eine bürgernahe Verwaltung legt auch in Zukunft Wert auf eine Präsenz durch Bürgerbüros mit guter Erreichbarkeit vor Ort (insbesondere auch für Senioren).

- **Wir wollen mehr Mobilitätsangebote für den ländlichen Raum.** Dafür werden wir den Öffentlichen Personennahverkehr weiter stärken und die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zugunsten der Kommunen dynamisieren und bis Ende 2021 verdoppeln. Wir wollen Bahnhöfe und -haltstellen in den Regionen halten sowie barrierefrei ausgestalten und dafür mit der Deutschen Bahn AG entsprechende Vereinbarungen treffen. Wir wollen das Personenbeförderungsgesetz zukunftsorientiert überarbeiten und für neue Mobilitätsangebote wie Ridesharing-Services öffnen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die örtliche Nahversorgung und Daseinsvorsorge auch in dünn besiedelten Gebieten zu tragbaren Preisen für die Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Attraktivität der Lebensräume misst sich auch an verfügbaren Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Das lässt sich auch durch eine Nutzung von Potentialen der Telebildung unterstützen, z.B. durch digitale Klassenzimmer.
- **Wir orientieren uns in der Agrarstrukturpolitik am Leitbild des familiengeführten Landwirtschaftsbetriebs.** Damit die kleineren und mittleren Betriebe weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, wollen wir die Einkommenssicherung über das bewährte Zwei-Säulen-System der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU beibehalten. Wir wollen, dass die Europäische Union die Erklärung Cork 2.0 des EU-Kommissars für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung „Für ein besseres Leben im ländlichen Raum“ finanziell und mit Programmen unterlegt. Bei den Direktzahlungen wollen wir die kleineren Betriebe noch stärker unterstützen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) werden wir für eine bessere Ausstattung sorgen, um zum Beispiel den Neu- und Umbau tierwohlgerer Ställe voranzutreiben. Beim Flächenerwerb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe begünstigen. Wir fordern: Bauernland in Bauernhand. Dafür wollen wir die breite Streuung des Bodeneigentums fördern, den Landwirten beim Flächenerwerb den Vorzug geben und das Grundstückverkehrsgesetz weiterentwickeln.
- **Wir wollen die Innenstädte und Gemeindekerne beleben.** Die Städtebauförderung wollen wir weiterentwickeln zu einem Instrument der Städte- und Gemeindeförderung weiterentwickeln. Die Bundesmittel sollen in den kommenden Jahren verstetigt werden. Ebenfalls berücksichtigt werden sollen die Belebung der Innenstädte und Gemeindekerne sowie der Erhalt des Einzelhandels. Grundsätzlich soll die Kombination von Städtebauförderung und Dorferneuerung möglich sein.